

Die fällige Zählung der Technik : Evaluation der technischen Neuerungen

Autor(en): **Küng, Emil**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **56 (1976-1977)**

Heft 1

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163181>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die fällige Zähmung der Technik

Evaluation der technischen Neuerungen

Konnte man früher mit einem gewissen Recht davon sprechen, die Hauptaufgabe der Technik bestehe darin, die Natur zu zähmen, so wäre es umgekehrt heute vielleicht angebracht, die Zähmung der Technik im Dienste des Menschen als eine der Hauptaufgaben der Zukunft zu proklamieren. Denn es ist kaum übertrieben, die bisherige Entwicklung mit einer «Fahrt ins Blaue» zu vergleichen, bei der die Passagiere zwar den Ausgangspunkt kennen, nicht aber das Ziel der Reise. Sie wissen zwar, wann man wegfährt, aber nicht, wann und wo man ankommen wird. Das schafft gewiss ein besonderes Spannungsmoment und Reizerlebnis, falls man voll darauf vertrauen darf, in guter Obhut zu sein und heil wieder zurückzukehren.

Wenn dagegen die ganze Menschheit sich auf einer Fahrt ins Blaue befindet, liegen die Dinge doch wesentlich anders. Zunächst ist festzustellen, dass der Zug sich immer weiter *beschleunigt* und dass nicht abzusehen ist, ob er sein Tempo auch wieder verlangsamen wird und verlangsamen kann. Betrachtet man diejenigen, die sich mit Forschung und Entwicklung befassen und setzt man ihre Zahl in Beziehung zur Gesamtheit der Erwerbstätigen, so liesse sich im Gegenteil auf eine fortgesetzte Beschleunigung schliessen. Hinzu kommt jedoch, dass weder ein Zugführer noch ein Lokomotivführer die Verantwortung für die Reise trägt, sondern dass die Bewegung offenbar völlig *ungesteuert* vor sich geht – es sei denn, wir würden die Orientierung an den Fixpunkten der Rentabilität, der Neugier der Forscher oder des Machtinteresses der Militärs und Politiker als Steuerungsmechanismus ansehen. Bremsen in Gestalt ethischer Normen, Weichen in Form gesellschaftlicher Wünschbarkeiten oder Signale im Hinblick auf das ökologisch Erträgliche scheinen jedenfalls kaum zu existieren.

In Anbetracht solcher Verhältnisse würde es nicht verwundern, wenn die Fahrt im Abgrund oder mit einer Entgleisung endete. Ebensowenig erstaunt es, wenn immer mehr Reisende Bedenken hegen in bezug auf den Sinn des Ganzen und wenn einzelne sogar aussteigen möchten, um sich in eine heile Welt der Vergangenheit zu flüchten. Nicht auszuschliessen sind sogar Panikerscheinungen, weil niemand zuverlässig anzugeben vermag, wohin die Reise geht.

Wie ist dieser Zustand in Einklang zu bringen mit dem stolzen Bewusstsein, dass der Mensch sich die Erde mehr und mehr untertan ge-

macht hat? Wenn Wissen Macht bedeutet – sollte dann nicht auch ein Wissen darum vorhanden sein, welchem Ziel wir zusteuern? Ist es nicht so, dass das «laissez faire» in der Wirtschaft schon längst als eine Devise entlarvt wurde, die entgegen ihrem eigenen Anspruch mit dem Wohl der Allgemeinheit nicht vereinbar ist? Soll dagegen das so ungleich gefährlichere «laissez innover» unangetastet bleiben? Ist es sinnvoll, von den Unternehmungen eine «Sozialbilanz» ihrer Tätigkeit zu verlangen, während den Erfindungen keine entsprechende Auflage gemacht wird? Wäre es nicht angezeigt, den Beschleunigungskräften Gegengewichte gegenüberzustellen, damit die führerlose Fahrt nicht in eine Katastrophe ausmündet? Das alles sind in der Tat die Aufgaben, die der «technology assessment» gestellt werden.

Aus naheliegenden Gründen konzentriert sich diese Evaluation der technischen Neuerungen darauf, zu prüfen, ob in Aussicht stehende Errungenschaften zuzulassen oder aber zu verhindern seien, ob also beispielsweise eine künstliche Beeinflussung des Wetters, die früher oder später machbar wäre, auch tatsächlich vorgenommen werden dürfe. Ob dieser zentralen Aufgabe sollte jedoch der zweite Aspekt nicht vernachlässigt werden, der darin besteht, Forschungsrichtungen und Innovationen zu fördern, die vielleicht nicht tatkräftig genug in Angriff genommen werden – zum Beispiel weil sie keine Rentabilität in Aussicht stellen. An dieser Stelle soll indessen nur die restriktive Einwirkung unter die Lupe genommen werden.

Die Analyse der Folgen

Im Mittelpunkt steht hier selbstverständlich eine Untersuchung darüber, welches die voraussichtlichen Konsequenzen einer Innovation sein werden. Diese Analyse kann in zwei verschiedenen Stadien einsetzen, nämlich erstens dann, wenn eine Entdeckung oder Erfindung bereits vorliegt und sich lediglich noch die Frage erhebt, ob es richtig sei, ihre Verwertung zu erlauben, oder zweitens in einer früheren Phase, wenn es darum geht, ein bestimmtes Forschungsprojekt zu bewilligen oder abzulehnen. Es liegt auf der Hand, dass in diesem zweiten Fall die kardinale Frage der Forschungsfreiheit angeschnitten wird und dass die Voraussehbarkeit der Ergebnisse weit unbestimmter ist als im ersten. Abgesehen davon ist jedoch die Problemstellung prinzipiell dieselbe, so dass es sich rechtfertigt, hier beide Varianten zusammenzufassen.

Wenn die Aufgabe feststeht, die Wirkungen eines «Projektes» nach allen Richtungen hin zu klären, um zu einem Urteil darüber zu gelangen, ob der Saldo dieser Effekte, in Beziehung gesetzt zu den aufzuwendenden

Kosten, einen Überschuss oder ein Defizit ergäbe, wird man zweckmässigerweise ausgehen von den *direkten Folgen*, die am leichtesten abzuleiten sind. Da es sich um etwas handelt, das noch nicht realisiert ist, wird die Ex-ante-Evaluation sich freilich nicht auf effektive Zahlen stützen können, sondern darauf angewiesen sein, ein Gedankenexperiment durchzuführen und Schätzungen vorzunehmen. Hierbei wird man gewiss ähnlich gelagerte Fälle zu Rate ziehen, die sich in der Vergangenheit tatsächlich ereignet haben. Die Aussagekraft der entsprechenden Angaben ist jedoch zwangsläufig verhältnismässig gering, liegt doch ein Vorstoss in bisher unbekanntes Gebiet vor. Der Intuition der zuständigen Experten steht daher ein weites Feld offen. Im Einklang damit ist auch den erarbeiteten Resultaten niemals eine hundertprozentige Verlässlichkeit zuzugestehen. Wenn man sich Rechenschaft gibt, wie oft sich Prognostiker in der Vergangenheit geirrt haben, wird man vielmehr den Fachleuten, die hier am Werk sind, Fehler von ähnlicher Grössenordnung einräumen müssen.

Diese Irrtumsmöglichkeit wird naturgemäss um so bedeutender, je mehr ausser den Primärwirkungen auch die *Sekundär- und Tertiärwirkungen* in Betracht gezogen werden und je weiter der Zeithorizont über die kurzfristigen auf die mittel- und langfristigen Effekte ausgedehnt wird. Dennoch kommt eine umfassende Analyse gerade darum nicht herum. Mögen zum Beispiel die momentanen Erfolge des DDT auch überwältigend gewesen sein, indem es gelang, die Malaria äusserst wirkungsvoll zu bekämpfen – die Langzeitwirkungen, die erst nach Jahren und Jahrzehnten in Erscheinung traten, überwogen so deutlich, dass bei einer Evaluation ex post sich sogar ein Verbot der weiteren Anwendung aufdrängte. Genau derartige Pannen sollten indessen im Idealfall durch ein rechtzeitiges Zugreifen vermieden werden können.

Nun sind natürlich Kosten- und Nutzenbeträge in bestimmter Höhe, die erst in zehn oder zwanzig Jahren anfallen, nicht gleichwertig mit denselben Summen, die heute in Rechnung zu stellen sind. Sie alle müssen vielmehr, um vergleichbar zu sein, vermittels eines Abzinsungsfaktors auf Gegenwartswerte umgerechnet werden. Die Höhe dieser «sozialen Diskontrate» gewinnt deshalb besondere Bedeutung. Dabei ist nicht auszuschliessen, dass in der «Sozialbilanz» die Resultate überaus verschieden ausfallen, je nachdem, wie hoch der betreffende Zinssatz gewählt wird. Ja, es lässt sich anhand von empirischen Beispielen zeigen, dass ein Verlust an die Stelle eines Gewinnes tritt oder umgekehrt. Unglücklicherweise existiert indessen kein Verfahren, mit dessen Hilfe die Höhe dieses Faktors einwandfrei ermittelt werden könnte. Klar ist immerhin, dass etwa in einem armen Entwicklungsland ein Wohlstandszuwachs in der Gegenwart sehr viel höher geschätzt wird als eine gleiche Veränderung, die erst nach Jahrzehnten zu er-

warten steht. Umgekehrt können es sich wohlhabende Industrieländer eher leisten, lange Ausreifungszeiten in Kauf zu nehmen.

Schiessen auf bewegliche Ziele

Die Kausalketten der Verwirklichung eines Projektes in die Zukunft zu verfolgen, wäre noch verhältnismässig einfach, wenn man voraussetzen dürfte, die *übrigen Umstände* blieben konstant. Diese Klausel des «*ceteris paribus*» wird für gedankliche Ableitungen bequemerweise sehr häufig verwendet. Im vorliegenden Falle stellt sie jedoch eine Vereinfachung dar, die entweder überhaupt nicht zulässig erscheint oder dann nur mit einer Einbusse an Erkenntniswert des Resultates, die ausserordentlich schwer wiegt. Sobald man freilich davon abgeht, werden die Dinge äusserst verwickelt. Im Grunde genommen müssten die Fachleute eine zutreffende Vorstellung darüber haben, wie sich die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur des eigenen Landes, sondern darüber hinaus der ganzen Welt im Laufe der kommenden Zeit entwickeln wird, welche Ereignisse in der hohen Politik und in der Technik, bei den Ideen und Interessen der Menschen zu erwarten sind.

Eine derart umfassende *Evolutionstheorie* fehlt natürlich. Gewiss gibt es Visionäre, die mit einer geradezu erstaunlichen Treffsicherheit in die Zukunft zu blicken vermögen. Leider ist man jedoch immer erst hinterher imstande, diese Propheten von den zahlreichen Scharlatanen zu trennen, die sich dieselben Kräfte zutrauen und in gleicher Weise universalhistorische Prognosen abgeben. Mit mathematischen Modellen ist vorerst nicht viel anzufangen, sei es, dass sie viel zu kompliziert sein müssten, sei es, dass auch sie nur so gut sind wie das, was in sie hineingegeben wird – wobei eben Änderungen in den Trendrichtungen stets vorkommen können, sich aber nicht zum Voraus erfassen lassen. Dafür nur ein Beispiel: Wer hätte auch nur vor verhältnismässig kurzer Zeit zu behaupten gewagt, die Probleme der Umweltpolitik würden in der öffentlichen Meinung der Industrieländer ein so überaus grosses Gewicht erlangen?

So muss man sich denn bei der «*technology assessment*» begnügen mit *Annahmen* über die Entwicklung der Welt und des eigenen Landes, die bestenfalls mehr oder weniger zutreffend sein können. Wie die Erfahrung wiederholt bewiesen hat, sind nicht einmal Zahlen über die vermutliche künftige Bevölkerungsgrösse sehr zuverlässig, obwohl sie den Ausgangspunkt für alle möglichen weiteren Schätzungen bilden. Was daraus folgt, lässt sich vergleichen mit der Aufgabe, von einem fahrenden Schiff aus zu schiessen auf ein Flugzeug, das selbst auch eine rasche Eigenbewegung aufweist. Doch damit ist zugleich die Frage der Ziele angeschnitten.

Die Wertordnung

Bestimmte Wirkungen sind positiv oder negativ zu beurteilen, je nachdem, welche Werte oder Ziele angestrebt werden und welches Gewicht den einzelnen Zielen zugeschrieben wird. Wenn eine Erfindung Arbeitskräfte freisetzt in einer Zeit, da ohnehin Unterbeschäftigung herrscht (wie zum Beispiel in den Entwicklungsländern), wird ihr Beschäftigungseffekt im Vergleich zu einer allfälligen Wohlstandssteigerung einen ganz anderen Stellenwert erhalten als in einer Periode der Überbeschäftigung. Wenn die Bevölkerung sensibilisiert ist für die Umweltverschmutzung, wird die Toleranzgrenze für derartige Sozialkosten niedriger liegen als dort, wo zuerst die «Schlote rauchen» sollen, um ein minimales Versorgungsniveau zu erreichen.

Nun lässt sich gewiss mit Leichtigkeit formulieren, die Aufgabe bestehe darin, Unterlagen bereitzustellen, die es erlauben sollen, die Konsequenzen eines Projektes für die *Lebensqualität* der Bevölkerung zu eruieren. Soll das nicht eine blosser Leerformel bleiben, so muss dieser Ausdruck jedoch mit Inhalt erfüllt werden. Danach gilt es im einzelnen zu zeigen, welches die Folgen sein werden für den Wohlstand, gemessen etwa an den Realeinkommen, für die Einkommens- und Vermögensverteilung, vielleicht aber auch für die Machtverteilung, für die Arbeits- oder Werkbefriedigung, für den «Freizeitnutzen» und die Erholungszonen, für den Naturkontakt und die Standorte für Arbeit und Wohnen, für die Reinheit von Wasser und Luft, für die körperliche und geistige Gesundheit, für die Konflikte und die Harmonie der Gesellschaft, für die Mitgestaltung im engeren und weiteren Gemeinwesen, für die Betriebsgrößenstruktur in der Wirtschaft, für den Energiebedarf und das Abfallproblem und viele andere Bestimmungsgründe der menschlichen Wohlfahrt.

Schon diese unvollständige Aufzählung lässt ohne weiteres erkennen, wie vielfältig die Abklärungen sein können und wie wenig es angeht, sie allein den Ingenieuren und Chemikern zu überlassen. Vielmehr ist es vollkommen unerlässlich, im Bedarfsfall auch eine ganze Reihe von Spezialisten aus anderen Wissensgebieten heranzuziehen. Ein Wesensmerkmal der «technology assessment» besteht in der Tat gerade darin, dass sie sich nicht auf die technischen Fragen beschränkt, sondern *interdisziplinärer Natur* ist. Wenn also zum Beispiel das Patentamt mit der Aufgabe betraut würde, wäre sein Stab zu ergänzen durch zahlreiche Experten der Geistes- und Sozialwissenschaften. Es soll ja beispielsweise auch die Ästhetik und die Kultur (im engeren Sinne des Wortes) zum Zuge kommen, und es ist der Einfluss auf die Rechtsordnung oder die sozialen Spannungen zu ermitteln. Es muss festgestellt werden, ob es sich lohnt, Altes zu erhalten oder dem Neuen zu

opfern – wobei eben beileibe nicht bloss ökonomische Gesichtspunkte berücksichtigt werden dürfen.

Halten wir uns dies vor Augen, so ist unschwer einzusehen, wieviel von den angestrebten *Zielen* abhängt. Solche Ziele eigenmächtig zu setzen, darf selbstverständlich nicht Sache der beteiligten Fachleute sein. Sonst käme ihre subjektive und persönliche Wertordnung zu sehr zur Geltung, und die Verbindlichkeit der gefällten Urteile für die anderen reduzierte sich auf ein Minimum. Statt dessen sollten diese Ziele und ihre relative Gewichtung von den zuständigen politischen Instanzen vorgegeben werden und in einem gewissen Masse auch die öffentliche Meinung widerspiegeln.

Die Erfassung des entsprechenden Zielbündels ist nun freilich alles andere als leicht, sind doch selbst die Politiker häufig überfordert, wenn von ihnen eine einwandfreie, operational brauchbare Umschreibung dessen verlangt wird, was erreicht werden sollte. Ihre Prioritäten wechseln begreiflicherweise je nach ihrer Parteizugehörigkeit, und ein Konsensus besteht vielleicht nur in einigen elementaren Punkten, nicht aber in jenen Fragen, die in besonderem Masse Gegenstand der Auseinandersetzung sind. Während also die einen für die Realisierung eines Projektes eintreten, das eine gleichmässigere Einkommensstreuung verspricht, sind jene dagegen, die davon betroffen würden. Die einen ordnen der Vollbeschäftigung einen höheren Rang zu, die anderen der Stabilität des Preisniveaus.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich, sobald die verschiedenen Ziele untereinander nicht im Verhältnis der Harmonie oder wenigstens der Neutralität stehen, sondern in dem der *Antinomie*, wenn man sich mit anderen Worten dem einen nur nähern kann, indem man sich vom anderen entfernt. Dass dieser Sachverhalt in der Praxis recht oft gegeben ist, demonstrieren die Debatten über die Wirtschaftspolitik fast täglich. Unter solchen Umständen wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Mehrheitsmeinung zu übernehmen – ob man sie nun teilt oder nicht. Der Experte hat mit seiner eigenen Auffassung zurückzutreten hinter jener Wertordnung, von der er annehmen muss, sie sei ein möglichst zutreffendes Abbild der vorherrschenden Einschätzung der Ziele. Sein Bestreben muss alsdann dahin gehen, diese Ziele ausdrücklich zu nennen, bilden sie doch die Grundlage für seine Bewertung. Wer daraufhin andere Werte als wichtiger und vorrangig ansieht, wird auf diese Weise am ehesten in die Lage versetzt, die Beurteilung anzupassen.

Die Massstäbe

Am erwünschtesten ist es begreiflicherweise, die Nutzen- und Kostengrössen, die vorteilhaften und die nachteiligen Wirkungen in einer einheit-

lichen Masseinheit zu erfassen und damit vergleichbar zu machen. Dafür kommen in erster Linie die *Geldwerte* in Betracht, gelingt es doch durch diesen Trick, gleichsam Äpfel und Birnen zu addieren. Es sind hierbei vor allen Dingen die Marktwerte oder Preise, die sich für die Ermittlung eignen. Eine Zentralverwaltungswirtschaft wie jene der Sowjetunion kommt ja bekanntlich nicht aus ohne den Rückgriff auf die Weltmarktpreise, die im Westen gebildet werden. Was aber, wenn dieser Massstab versagt?

Natürlich wird man versuchen, zu quantifizieren, was überhaupt quantifizierbar ist. Dabei darf man indessen nicht in jenen verbreiteten Fehler verfallen, der bei den Ökonometrikern so häufig anzutreffen ist, das geringzuschätzen oder zu vernachlässigen, was sich einer solchen Quantifizierung entzieht. Die *Imponderabilien* mögen zwar nicht messbar oder wägbare sein – unwichtig sind sie deshalb aber nicht unbedingt. Die Frage ist nur, wie sie in eine Kosten-Nutzen-Analyse eingegliedert werden sollen. Offenbar kann die Lösung nur darin bestehen, dass sie in verbaler Weise aufgeführt werden, wenn es sich als unmöglich herausstellt, sie grössenmässig zu bestimmen und wenn auch keine Ersatzindikatoren zur Verfügung stehen. Die mehr gefühlsmässig erfolgende Bewertung muss dann von jenen Instanzen und Personen vorgenommen werden, die den schliesslichen Entscheid zu fällen haben. Die «technology assessment» ist ja ihrem ganzen Wesen nach nur eine Entscheidungshilfe. Sie mag mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen versehen sein; den Entschluss vorwegnehmen darf und kann sie jedoch nicht, sind es doch nicht die Experten, welche die Verantwortung dafür zu tragen haben.

Es ist ganz klar, dass gerade bei den unwägbareren Faktoren das politische Element eine zentrale Rolle spielt und schlechterdings nicht auszuschliessen ist. Wenn einzelne Bevölkerungsgruppen durch eine bestimmte Neuerung begünstigt werden (zum Beispiel die Konsumenten), andere dagegen Nachteile gewärtigen müssen, kann es letzten Endes nur Sache der politischen Behörden sein, die Interessenabwägung durchzuführen und gestützt darauf grünes oder rotes Licht zu geben. Wenn es darum geht, eine Tradition aufrechtzuerhalten oder preiszugeben, ist es gewiss nicht der Techniker, der in eigener Kompetenz darüber befinden soll. Wenn Rechtsgüter und politische Güter in Frage gestellt werden, müssen es auch die Vertreter der Gesellschaft sein, die dazu Stellung nehmen, und es dürfte eben nicht mehr vorkommen, dass eine Innovation mit solchen Konsequenzen über ihre Köpfe hinweg durchgesetzt wird.

Wenn daher als formales Ziel der Würdigung eine Gegenüberstellung der Vorteile und Nachteile unter Berücksichtigung der Kosten postuliert wird, sind unter Umständen auch gewisse *Einschränkungen* oder Randbedingungen zu beachten. Angesichts der ohnehin vorhandenen «Verdauungsschwierig-

keiten», die sich aus der Wissensexplosion und der Akzeleration der Neuerungen ergeben, muss dafür Sorge getragen werden, dass die Überstimulation des modernen Menschen nicht noch weiter verschlimmert wird. Was allerdings gesamtgesellschaftlich noch verträglich ist und was nicht, ist ungeheuer schwer eindeutig festzustellen. Man kann lediglich beobachten, dass der Mensch geradezu grotesk überfordert wird, wenn man ihm zumutet, im Laufe einer Generation gleichsam von der Steinzeit in die Moderne hinüberzuwechseln – wie das in manchen Entwicklungsländern der Fall ist.

In diesem Zusammenhang muss auch ein deutlicher Unterschied gemacht werden zwischen der Bewertung einer einzelnen Neuerung und derjenigen des gesamten Stromes an neuem Wissen. Eine individuelle Erfindung wird im allgemeinen den Stand der Technik nur marginal beeinflussen, und man wird deshalb bei isolierter Betrachtungsweise dazu neigen, sie ohne weiteres zuzulassen. Ganz anders verhält es sich jedoch mit der *Summe* der beantragten und zu prüfenden Innovationen. Hier kann die Quantität sehr wohl in die Qualität umschlagen; es wird dann vielleicht eine kaum sichtbare Toleranzgrenze oder ein Schwellenwert überschritten – in ähnlicher Weise wie in der Redensart vom Tropfen, der das Glas zum Überlaufen bringt oder in dem arabischen Spruch vom Kamel, dem ein einziger zusätzlicher Strohalm das Rückgrat bricht.

Masstäbe dafür zu finden, ist naturgemäss noch ungleich schwieriger als die sozialen und ökologischen Konsequenzen einer einzelnen Neuerung abzuschätzen. Trotzdem sollte gerade auch diese Aufgabe mit allem Nachdruck an die Hand genommen werden. Die heute schon weit verbreitete instinktiv-emotionale Ablehnung gewisser Äusserungen der neuzeitlichen Technik in weiten Bevölkerungskreisen deutet unmissverständlich darauf hin, dass allergrösste Rücksichtnahme auf Stimmungen und öffentliche Meinung, latente oder bereits zutage getretene Widerstände erforderlich ist, wenn die Technikfeindlichkeit sich nicht in verhängnisvoller Weise zuspitzen und dann das Kind mit dem Bade ausschütten soll. Wenn der Prozentsatz der Asozialen in den fortgeschrittenen Gesellschaften offensichtlich im Zunehmen begriffen ist, muss daran erinnert werden, dass diese Erscheinung in engstem kausalem Zusammenhang steht mit der steigenden Komplexität und der wachsenden Unübersichtlichkeit der Verhältnisse – beides Faktoren, die ihrerseits mit einem gewissen Recht auf die Fahrt ins Blaue zurückzuführen sind. Infolgedessen haben wir allen Grund, den disharmonischen Kulturwandel einmal von dieser Seite her zu mildern, das heisst die asynchrone Entwicklung der verschiedenen Kulturelemente so gut als möglich unter Kontrolle zu bringen. Sonst könnte die Fahrt ins Blaue tatsächlich zu einer Entgleisung führen.